Zieht sich das Land aus der Deponiesicherung heraus?

Grünen-Vorwurf / Staatssekretär: Keine Billigmaßnahme

Münchehagen/Hannover (re). Um die Sicherung der Giftmülldeponie Münchehagen ist im Landtag erneut Streit ausgebrochen: Der umweltpolitische Sprecher der Grünen, Christian Schwarzenholz, hat Umweltministerin Monika Griefahn vorgeworfen, die Landesregierung wolle sich aus der Deponiesicherung verabschieden durch Verzicht auf die geplante seitliche Umschließung, der Wasser- und Gasfassung sowie der Kläranlage, um die Sicherung nur auf eine Oberflächenabdeckung zu reduzieren. Schwarzenholz bezieht sich auf neue Erkenntnisse der Landesämter für Ökologie und Bodenforschung, denenzufolge der Tonstein mehr Schadstoffe zurückhalte als bisher vermutet.

Die Nachricht, die Deponie möglicherweise nur mit einer Abdeckung zu „sichern", schlug in der Sitzung des Vermittlungsausschusses im Münchehagen-Verfahren wie eine Bombe ein, zumal das Gremium „nichts konkretes erfahren hat. Die Studien kennt niemand", hieß es auf Nachfrage. „Es hat sich im Ausschuß eine ausgesprochen gravierende Situation ergeben", in deren Folge die Städte Rehburg-Loccum und Petershagen erneut die rechtliche Frage gewichten. Das kann eine Klage vor dem Verwaltungsgericht bedeuten. Rehburg-Loccum will in der Ratsitzung am 20. Februar Stellung beziehen.

Der Staatssekretär im Niedersächsischen Umweltministerium, Dietmar Schulz, tritt dem Vorwurf der Grünen entgegen, die Landesregierung wolle sich aus der Sicherung der Giftmülldeponie Münchehagen zurückziehen: „Wir haben ein Sanierungskonzept vorgelegt und das dafür notwendige Geld bereitgestellt. Bevor wir ans Werk gehen, müssen wir einige neue wichtige Erkenntnisse, die das Umweltbundesamt und ein von der Bezirksregierung beauftragtes Gutachterbüro gerade vorgelegt haben, in die Planungen einbeziehen." Das bedeute eine neue Denkschleife, „aber keinesfalls die Aufgabe aller bisheriger Überlegungen", legt sich Schulz fest. Die Landesämter für Ökologie und Bodenforschung würden sich derzeit mit den vorgelegten Studien beschäftigen. Bis Ende Februar wollen sie die Bewertung abschließen.

Selbstverständlich würden die Münchehagen-Gremien in die Überlegungen einbezogen. Der Vermittlungsausschuß sei am Dienstag vergangener Woche über die neuen Erkenntnisse informiert worden. In einem Workshop sollten die Gutachter und beteiligten Landesämter dem Gremium die Überlegungen demnächst ausführlich vorstellen, heißt es aus dem Umweltministerium: Das öffentliche Münchehagen-Plenum werde sich damit am 11. März befassen.

Eine „Billigmaßnahme", die der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag unterstelle, stehe nicht zur Diskussion, versichert Schulz weiter. Ziel sei vielmehr, eine optimale Lösung für die Sicherung der Altlast zu finden. Das Umweltbundesamt, so erklärt Schulz, habe in einer Ende 1996 vorgelegten Untersuchung festgestellt, daß Tongestein erheblich mehr Schadstoffe aus dem durchströmenden Grundwasser binden könne als bisher vermutet. Das Gutachterbüro habe in diversen Modellrechnungen die Wirksamkeit der verschiedenen Sicherungselemente für die Giftmülldeponie Münchehagen untersucht.

Angelverein soll jetzt Giftkippe übernehmen

Münchehagen/Hannover. Der Streit in der SPD-Landesregierung um die geplante Verwaltungsreform wirkt sich auf die Sicherung und Sanierung der stillgelegten Giftkippe in Münchehagen aus: Laut Kabinettsbeschluß vom Rosenmontag ist die geplante Privatisierung in eine Landesgesellschaft geplatzt. Am Aschermittwoch wird ein Angelverein mit beschränkter Haftung das gesamte Verfahren übernehmen. Vorsitzender wird der bisherige Projektkoordinator von der Bezirksregierung, Günter Nerlich. Als Kassiererin steht Mediatorin und Unternehmerin Ruth Hammerbacher fest. Kassenprüfer werden Vertreter der Unternehmen Umweltschutz-Nord, des DRK und TÜV. Schriftführer und Experte für den Bereich Herunterspielen und Öffentlichkeitsarbeit wird der Leiter des Staatlichen Amts für Wasser und Abfall, Harro Kebel. Passives Vorstandsmitglied ist Umweltministerin Monika Griefahn.

Die Arbeitseinsätze sind für jedes Wochenende angesetzt, weil an diesen Tagen bisher die meisten Arbeitspannen passierten. Bei Nichterscheinen hat das jeweilige Mitglied 17 Mark in die Vereinskasse zu zahlen, die laut Ministerpräsident Gerhard Schröder übers Jahr erheblich zur Konsolidierung der Landesfinanzen beitragen werden.

Ersten neuerlichen Beschwichtungserkenntnissen Kebels zufolge gibt es gar keine Sondermülldeponie. Die damalige Gesellschaft für Suppenabfälle Münchehagen (GSM) habe die Polder von je her als Fischteiche für diejenigen Konzerne angelegt, die dort schon damals dicke Fische an Land zogen. Bei dem Schwarzbereich (Hochsicherheitstrakt) mit seinen Anlagen und Hochbehältern handelt es sich Kebels Pressemitteilung zufolge um eine Schnapsbrennerei. Oberbrandmeister ist Sicherheitsbeauftragter Klaus-Peter Hormann.

Andere Beteiligte im bisherigen Münchehagen-Verfahren wie die Städte Rehburg-Loccum und Petershagen, die Kreise Nienburg und Minden-Lübbecke, BUND, Bürgerbüro und Landesbehörden werden nur dann als Helfershelfer akzeptiert, wenn sie einen klar umrissener Auftrag erfüllen: Streichen der Anlage mit rosaroten Pinseln und Anpflanzung undurchdringlicher Dickichte. Das Niedersächsische Landesamt für Ökologie steht Pate und richtet ein Streichelzoo für diejenigen ein, die kindhaften Glaubens sind, teilt Kebel mit.

Viele Grüße von Wolfgang